



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch, Susann Biedefeld, Reinhold Strobl SPD**

Verzinsung bei Rentenzusatzversicherungen und Versorgungswerken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich und schriftlich zu berichten, in wie weit Zusatzversicherungen zur Altersvorsorge und Betriebsrenten, für die der Freistaat die Rechtsaufsicht hat, durch die momentane Zinslage beeinflusst werden und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um eine Absenkung der Garantiezinsen auf ein für den Renteneinzahler unwirtschaftliches Niveau zu vermeiden.

Begründung:

Wie die Süddeutsche Zeitung berichtete, senkt die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), die größte Zusatzversicherungsanstalt in Deutschland, den Garantiezins für eingelegtes Vermögen von 1,75 Prozent auf 0,25 Prozent. Dies bedeutet, dass die Zusatzrente eines durchschnittlichen Angestellten, der im Juni 2016 einen Vertrag abschließt, um bis zu 70 Prozent weniger Ertrag bringt als die derjenigen, die Ende 2011 abgeschlossen haben. Dadurch werden die Möglichkeiten, zusätzlich zur Rente weitere Sicherungen für die Altersversorgung vorzunehmen, empfindlich eingeschränkt. Umso wichtiger ist es deshalb, die derzeitige Situation in Bayern abschätzen zu können, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die zumindest ein gesichertes Rentenniveau für diejenigen gewährleistet, deren Versorgung durch den Freistaat überwacht wird.